



Hauptartikel nachfolgend. Ein anderer Teil wurde dem  
Freiherren von Grünau, unserem Vertreter im Haupt-  
quartier, zugeproben mit dem alleinigen Auftrag, von  
allen wichtigen Eingängen dem Kaiser Mitteilung zu  
machen.  
Herr Dr. Singheimer: Mit besonderer darüber  
fehlen. Am 25. Dezember der Generalstabesbericht in einem  
Telegramm gefragt: Trotz aller Friedensbedingungen werde  
der Krieg mit allen Mitteln fortgeführt  
werden. Die Oberste Heeresleitung schien also an die Will-  
kür der Friedensvermittlung nicht mehr zu glauben.  
Herr v. Bethmann Hollweg: Die Stellung  
der Obersten Heeresleitung in die Politik  
Wittens war unglücklich. Aber diese Frage können  
wir aber dann besser verhandeln, wenn ein Vertreter  
der Obersten Heeresleitung ausfindig ist.  
Herr v. Warmuth: Das ist auch meine Auffassung  
Die

Berechnung des Generals Ludendorff  
steht in Kürze in Aussicht.  
Auf eine Anfrage des Abg. Cohn erklärt Staats-  
sekretär Zimmermann, in seinen amtlichen Nachrichten  
aus dem New Yorker Generalkonsulat sei Wittens un-  
günstiger beurteilt worden, als durch den Grafen  
Bernstorff. Von diesem Urteil habe er auch dem Reichstanz-  
ler Kenntnis gegeben.  
Auf weitere Fragen des Abg. Cohn erhielt Staats-  
sekretär Zimmermann  
Protest dagegen, daß man ihn zu einem Meined führen  
wolle.  
Auf Anfrage des Reichsministers David erklärt  
Staatssekretär Zimmermann, er sei dafür eingetreten  
den U-Boot-Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe schon  
am 2. Januar rückwärtslos zu führen. Zur Be-  
gründung verweist er auf die Erklärung Kaufungs, daß solche  
Schiffe als Kreuzer betrachtet werden müßten. Dieser U-Boot-  
Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe hätte die Friedens-  
aktion nicht behindert.

Reichsminister Dr. David: Der Reichsanwalt und  
Staatssekretär Dr. Helfferich teilten diesen Standpunkt nicht.  
Sie waren der Meinung, daß auch die-  
U-Boot-Krieg gegen bewaffnete Handelsschiffe politisch die  
geschäftlichen Zusammenhänge haben müßte.  
Staatssekretär Zimmermann: Die Frage ist sehr  
vorsichtig behandelt worden. Das Terrain wurde vorher  
sondirt. Ich hoffe, mit Amerika zu einer Verständigung zu  
kommen.  
Herr v. Warmuth erklärt, der Ausschuß  
teilt die Auffassung des Herrn von Bethmann Hollweg  
über die Aufgaben der Zeugen.  
Herr Dr. Cohn widerspricht: Wir brauchen  
einen unmittelbaren Beweis, nicht nur eine Er-  
zählung der Ältern.  
Herr v. Bethmann Hollweg vertritt nochmals  
trotzdem seine Auffassung. Er glaubt, daß der Ausschuß  
der sich ein Bild aus den Ältern gemacht hat, eine Ergänzung  
erhalten soll, in dem er fragt, welche Schiffe gefort  
werden sind, wenn er überhaupt Fragen über Dinge stellt,  
die nicht in den Ältern stehen. Hier eingegriffen, wird meine  
Aufgabe sein. Meine Aufgabe ist es aber nicht, eine regel-  
rechte Konfrontation der damaligen Verhältnisse zu bringen.  
Die weitere Vernehmung des Admirals Koch geht der

Frage des Zeitpunktes.  
Herr von Holtendorff sagte ihm: Wenn wir bis Ende 1917  
fertig sein wollen, so müßte die kritische Zeit für das eng-  
lische Wirtschaftslieben durch den U-Boot-Krieg ausgenutzt  
werden. Etwa sechs Monate seien erforderlich, um den  
U-Boot-Krieg wirksam zu machen und somit müßte man  
etwa fünf bis sechs Monate voranplanzen.  
Abg. Dr. Singheimer: In den Ältern befindet sich  
ein Vermerk, wonach

im März 1916 rund 35 U-Boote zur Verfügung  
standen, im Mai etwa 50. Diese Zahl hat Herr von  
Bethmann Hollweg sich auch auf Grund von Auskünften selbst  
notiert. Diese 35 U-Boote waren aber nicht alle be-  
reitet, in See zu stechen. Andere U-Boote mußten noch  
zurückgehalten werden. Ueber die Zahl der U-Boote am  
1. Februar läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Es darf an-  
genommen werden, daß etwa 120 U-Boote damals zur Ver-  
fügung standen, aber auch sie waren nicht alle feebereit. Das  
Hauptargument des Kanzlers, den U-Boot-Krieg im März  
nicht zu beginnen, war die geringe Zahl der U-Boote und  
war die Auffassung der Marine, die an das Auswärtige  
Amt ging.  
Ein Vertreter der Marine: Ich wäre dankbar,  
wenn mir eine Abschrift der Ältern zur Verfügung gestellt  
werden könnte, um mit dem Auswärtigen Amt einen Ver-  
gleich vorzunehmen.  
Rund Müller: Ein solcher Vergleich kann herbei-  
geführt werden.  
Staatssekretär Helfferich: Die Angaben über die  
Zahl der U-Boote haben ich damals teilweise widersprochen  
das kommt daher, daß man verschiedene Auffassungen war,  
welche Boote man als U-Boote zu bezeichnen halte. Es gab  
auch Minen-U-Boote.  
Admiral von Capelle: Eine genaue Angabe über die  
Zahl der zur Verfügung stehenden U-Boote ist für diejenigen,  
die nicht mitten drin stehen, außerordentlich schwierig. Wir  
hatten

bis zu 10 Zepen,  
großer, mittlerer und kleiner U-Boote. Dann gab es U-  
Boote, die für den Torpedobetrieb ausgerüstet waren und  
solche, die zum Norbortbetrieb bestimmt waren. Von diesen  
U-Booten waren ein Teil im Bau, ein  
Teil in der Abnahme, für andere wurde erst das Personal  
zusammengestellt, ein Teil war auf den U-Bootsstützpunkten  
ein anderer Teil auf Fernunternehmungen, auf Stationen,  
auf der Küste, und in Reparatur. Bei der Angabe der  
U-Bootszahlen kann sich  
der Zeit eigentlich gar nichts denken.  
und derjenige, der die Angaben machen will, wird mei-  
stens so launig sein, daß er die Sache dann nicht

### Der Ernst der Situation.

Berlin, 6. November. (Eigene Drahtnachricht.) Das es  
den Kommunisten mit einer Umwälzungsbewegung ernst ist, beweist  
auch die Mitteilung von gestern: Die kommunistischen  
Kommunisten waren gestern in den Tagen vom 7. bis 11. Novem-  
ber noch außen in ihren Mitteilungen zum  
Zusammenstoß mit Reservenstruppen  
bereitsgehalten worden. Die kommunistische Partei ist auch im  
Eck der Adressen fast sämtlich in der Einwohnerwehr.  
Im Falle einer Aktion sollen die Mitglieder auf den Weg zum  
Marsplatz abgehen werden. Aber sollte die kommunistische  
Partei sich bei der Einwohnerwehr nicht durch Abzug der  
Waffenposten, die nötigen Waffen und Munition beschaffen zu  
können. Aus diesem Grunde hat die Zentralstelle der Einwohner-  
wehr sich entschieden, gegen die Einwohnerwehr eine ent-  
sprechende Mitteilung zu machen. Wie ernst diese für Berlin  
den höchsten Bedenken  
verhängnisvollen Absichten der kommunisti-  
schen Partei  
zu nehmen sind, geht auch aus einer im vollen Umfange zuer-  
lässigen Mitteilung hervor, daß die ein-  
Sportklub des Mitglieder angehalten wurden, die Wohn-  
plätze der Mitglieder der Einwohnerwehr nach der An-  
wesenheit durch bestimmte Personen kenntlich zu  
machen.

### Neuer Schwindel der Freiheit.

Berlin, 6. November. (Eigene Drahtnachricht.) Die  
„Freiheit“ vertritt in ihrer Abendausgabe vom Donnerstag  
die Bevölkerung auf neue zum Generalstreik durch die  
verpflichtete Haltung der Reichswehr. Es besteht kein Zweifel  
über die Verhältnisse hier einen ansehnlichen Be-  
schlagnahme im Generalkommando Bismarck, der dazu ge-  
eignet haben soll, jähliche Hoffnungen der Bevölkerung zu  
zerstören. Ein solcher Beschlagnahme im Generalkommando  
Bismarck hat nicht stattgefunden. Die Reichswehr hat  
überhaupt mit der Exekutive keine Maßnahmen nichts zu  
tun. Zunächst ist allein die Sicherheitswehr. Und nicht  
hat der Reichswehrminister beauftragt, in den wirtschaft-  
lichen Kampf der Metallarbeiter irgendwie einzugreifen.  
Sanktionen sind nur erlassen worden gegen die Unterzeichner  
des Aufrufes zum politischen Streik. Außerdem ist der sog.  
Hohe Volksrat, dessen Wirksamkeit der rechtlichen Basis  
entfehlt, aufgelöst worden.

### Eine Bekanntmachung Noskes.

Berlin, 6. November. (Eigene Drahtnachricht.) Der  
Oberbefehlshaber der Nordsee, Admiral v. Holtendorff, Be-  
rlin, 6. November. Der Vorgesetzte der Admiralität Geob-  
lino hat folgende keine durch die bestehende: Bekämpfung des  
Deutschen Reiches nicht begründete Stellung dazu bezogen, um  
Menschen und Sachgüter in die Hände der internationalen Arbeiter-  
bewegung zu werfen. Er hat durch den Inhalt der Briefe Ver-  
weigerung in der Freiheit vom 6. November 1918 unter wä-  
hrlich unzulässiger Begründung zum politischen Generalstreik abge-  
lehrt und aufgeführt. Durch diese Verleumdung der Admiralität  
eine unmittebare Bedrohung und Gefahr für die öffentliche Si-  
cherheit und Ordnung. Auf Grund des § 8 des Gesetzes über den  
Begründungsstand sind daher im Interesse der öffentlichen Si-  
cherheit hiermit der Vollzug der Verleumdung Geoblino f-  
angewandt. Infolge dieser Verleumdung, welche die in  
solchen Angelegenheiten zu sein, wird hiermit verboten: In  
den nächsten Tagen dürfen keine Artikel veröffentlicht werden,  
in denen behauptet, jenseits nach den Bestimmungen der obigen Ge-  
setze eine höhere Strafe nicht verdient ist. Der Oberbefehlshaber  
des Nordsee.

### Meuterei im Breslauer Militär- gefangnis.

Breslau, 6. November. (Eigene Drahtnachricht.) Heute  
mittags überriefen bei der Eisenbahn-Gesellschaft des Reichs-  
Militärgefangnisses die Wächter und übernahmen die Wache.  
Sie bestraften die überaus Unzufriedenen, von denen ein Teil freiwillig  
zurückwich. Andere wetzelten sich wider zärtlich. Der Rest wird  
ebenfalls bald eingekerkert sein.

### Zinkfabriks-Verammlung in München aufgehoben

München, 6. November. Die Militärbehörde hat  
in einer Mitteilung in der Münchener Industrie-Verammlung  
aufgehoben, die sich mit der Erlaubnisnahme der R. B.  
zur Besondereinstellung befaßte. Die Teilnehmer werden zu  
Beliebigen befreit, jedoch alle wieder erlassen. Auf die  
bekannte Weise sind die Teilnehmer, die auszuweisen werden.

### Rülgemeiner Straßenbahnerstreik im westlichen Industriegebiet.

Essen (Ruhr), 6. November. Dem Vorkriegs-  
stand der Straßenbahnen, der am 2. November feierlich begann,  
haben sich noch und noch alle Straßenbahner des westlichen west-  
fälischen Industriegebietes von Hamborn bis Sporne und bis zum  
Ruhrgebiet angeschlossen. Der Streik zucht überall. Die Straßen-  
bahnen zeigen keine Neigung, zu streiken.

mehr verstreut. (Weiterer.) Ich habe mehrfach im Haupt-  
ausdruck gebeten, die Abgeordneten möchten sich die Sache  
nicht unnötig komplizieren. Ich habe deshalb auch  
immer nur summarische Zahlen angegeben.  
Ich würde insofern auch glauben, daß eine genaue Zu-  
sammenstellung über die U-Boote, die der Unterdrückungs-  
auslaß zu haben wünscht, beim besten Willen nicht gegeben  
werden kann.

Abg. Gotthein: Im Hauseklausurausgang nannte  
Admiral von Capelle alle U-Boote, während ich nur die  
konkreten in Auge hatte.  
Admiral von Capelle: Der Ausdruck frontbedeute  
U-Boote umfaßt ebenfalls mehrere Katego-  
rien.

Admiral Koch: Admiral von Holtendorff dürfte Herrn  
v. Bethmann Hollweg jederzeit absolut reinen Wein einzu-  
schänken haben. Auswärtige Beamte können sehr wohl ohne  
Antwort gelassen sein. Was ich wendet ist sich auch  
nicht an ihre vorgelegte Behörde?

Abg. Dr. Singheimer: Bethmann Hollweg mußte  
monatelang Kampfen, um zweifelsfreie Auskunft  
über die U-Boot-Zustände  
zu bekommen. Das ergeben die Ältern. Holtendorff hand-  
elt auf dem Standpunkt, dazu sei er nicht verpflichtet.  
Admiral Koch: Es wurden dann die Berechnungen  
über das voranschreitende Ergebnis angefertigt und man kam  
zu einer

Verleumdungsgeschichte von 600 000 Tonnen monatlich.  
Die Denkschrift des Admirals bezieht sich auf amtliche  
Unterlagen und wurde sehr vorsichtig aufgestellt. Fast alle  
Zahlen wie halten zugestimmt.

Abg. Dr. Singheimer: Das ist doch nicht richtig.  
Wurden die Berechnungen der Denkschrift trotz der entgegen-  
gesetzlichen Meinungen aufgestellt? Wer hat denn die  
Denkschrift verfertigt?

Admiral Koch: Kapitän Tafelow, der stellver-  
tretende Direktor der Rasputin-Kriegsflotte in Magdeburg,  
Zuk und Professor Leon-Heidelberg.

Abg. Dr. Singheimer: Weshalb wurde diesen  
politisch-wirtschaftlich unbekanntenen Herren der  
Vorzug gegeben vor den Bedeuten einer politik-wirtschaftlichen  
Autorität wie Dr. Helfferich?

Warum hat man überhaupt nicht die ersten  
Sachverständigen getroffen?  
zu dieser bedeutungsvollen Handlung zugezogen?  
Admiral Koch: Wir haben die Denkschrift auch Sach-  
verständigen und Wissenschaftlern zugänglich gemacht.

Abg. Dr. Singheimer: Von wem stammt nun  
die Denkschrift vom 21. Dezember in der Hauptrolle?  
Admiral Koch: In erster Linie von Dr. Zuk-  
Magdeburg.

Abg. Dr. Singheimer: Der ist doch unmöglich in  
der Politik-wirtschaft erfahren. Hier handelte es sich aber um  
wirtschaftlich-wirtschaftliche Berechnungen.

Admiral Koch: Wir haben Vertreter der Finanzen, des  
Handels und der Industrie und Landwirtschaft gehört.  
Abg. Dr. Singheimer: Nach welchen Gesichtspun-  
ten wurden die Herren ausgewählt? Warum hat man nicht  
soeben Autoritäten wie Professor Schumacher,  
Max Weber und Vujó Brentano gehört? Warum hat  
man sich auf in der Politik-wirtschaft unbekannt  
Herren beschränkt? Woher sollen die Vertreter der  
Eisenindustrie Kenntnis haben von der Getreideversorgung?

Admiral Koch: Für die Getreideversorgung haben wir  
auch Max Weil aus Frankfurt a. Main als Sachver-  
ständigen ernannt.  
Abg. Dr. Singheimer: Ich würde die Vorladung  
dieser Herren beantragen, damit der Ausschuß ein persön-  
liches Bild gewinnt.

Abg. Gotthein: Es ist in der Tat auffallend, daß  
mit Ausnahme von Herrn Zook keine Vertreter der  
Nationalökonomie gehört worden sind.  
Auch die Auswahl der Sachverständigen aus dem Getreide-  
handel war nicht einmündig.

Man nahm Herren aus Hamburg und Frankfurt, während  
das Schwergewicht des Getreidehandels in Magdeburg  
und Berlin liegt. Das ist doch sonderbar. Welche  
Nachteile haben denn nicht zugestimmt?

Admiral Koch: Auch Professor Harms-Riel war  
einmündig. Ebenfalls auch Admiral Holtendorff  
zu der U-Bootsfrage gelangt. Daß der U-  
Boot-Krieg England in fünf Monaten nie-  
derbringen würde. Wir hoffen auch auf die  
physische und moralische Wirkung des U-Boot-Krieges.  
Die U-Boote haben uns nicht im Stich gelassen. Sie haben  
mehr erreicht, als wir berechnet

saßen. Nach dreimonatiger Dauer liegt Admiral Sims  
zu Tode, Deutschland würde den Krieg gewinnen, die  
englischen Schiffsrückstände seien viermal so groß, als  
sie in der englischen Presse gemeldet  
würden.

Abg. Dr. Singheimer will darauf hin, daß  
England keine Extraterritorialität gehabt  
hat, daß die Wirkung des U-Boot-Krieges also nicht  
elementar sein konnte.

Admiral Koch: Wenn Brot hingekauft wurde, so  
wurde an anderen Stellen getarnt. Monatlang  
haben die Engländer kein Brot bekommen.  
Dr. Helfferich: In England bestand eine Ex-  
traterritorialität, aber keine Brotkarte. Je nach den vor-  
handenen Beständen wurde die Verteilung vorgenommen.

Reichsminister Dr. David: Sie haben den Leichtsinn  
des Admirals Sims als objektiv angesehen. Lag der Gedanke  
nicht nahe, daß  
England schließlich die Lage möglichst düster und  
gefährlich darstellte,

um die Amerikaner zu veranlassen, letztendlich Schiffe zu  
kaufen? Die politische Forderung dieser Mitteilung der Eng-  
länder lag doch auf der Hand.

Admiral Koch: Sims war uns als ausgesprochener  
Düsseldorfer bekannt. Ich bin sehr überrascht, daß  
man Sims in England als genial betrachtete, was notwendig war,  
um ihn zu überzeugen, daß Amerika in den Krieg einziehen  
müßte. Der Richter verließ einen Auspruch Churchills vom  
12. Januar 1919, worin dieser erklärt, daß es nur weni-  
ger Monate bedurft hätte, und der U-Boot-  
Krieg hätte England durch Hunger zur  
Uebergabe gezwungen.

Abg. Heile: Der Ausschluß aus dem Jahre 1919 kann  
doch zur Beurteilung der Kräfte damals nicht heran-  
gezogen werden. Hat man denn die Inserate der englischen  
Zeitungen beachtet? Während bei uns nur Crisak und  
immer wieder Crisak geboten wurde, wurde in den englischen  
Zeitungen noch alles angedeutet.

Abg. Dr. Cohn: Wenn man mit Personen gesprochen  
hätte, die in der damaligen Zeit aus England kamen, so  
hätte man erfahren, daß  
dort noch alle Nahrungsmittel im freien Verkehr zu haben  
waren und damals noch zu einem wenig höheren Preis als im  
Freien.

Auf weitere Fragen erklärte Admiral Koch, daß Eng-  
land viel ertragen hätte. Aber ob es so viel ertragen zu haben  
würde als wir, glaube ich nicht. Es hätte es nicht darauf  
ankommen lassen, daß der Erntestraum noch weiter ver-  
ringert würde, schon aus Rücksicht auf die Zukunft nicht.  
Wir wollten England nicht zwingen — dieser Auspruch  
wurde vom Generalstab nicht gebraucht, sondern geneigt  
nach zu Friedensverhandlungen.

Dr. Cohn will dann einen neuen Kontrast zwischen  
Graf Reventlow und dem maßgebenden Berliner Stell-  
vertreter.  
Admiral Koch behauptet, daß er mit dem Grafen Re-  
ventlow nur einmal gesprochen und dabei gebrochen hätte.  
Abg. Dr. Cohn weist Admiral Capelle darauf  
hin, was er über den U-Boot-Krieg vorhergesagt hätte





